

eingegangen. Die eine Beschwerde war von Angestellten des Berliner Parteigeschäftes und verlangte die Rückzahlung der von dem Genossen Bartels schon erwähnten Abzüge, die 1914 an den Gehältern der Parteibeamten gemacht worden, sowie 20 Prozent Gehaltserhöhung. Diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand im Sinne der Beschwerdeführer erledigt. Die Kontrollkommission brauchte keine Entscheidung zu treffen. Die zweite Beschwerde war von dem Genossen Fischer in Greiz und verlangte einen Zuschuß zu dem neu gegründeten Parteiblatt von 4000 M. Auch diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand erledigt. Auch hier brauchte die Kontrollkommission keine Stellung zu nehmen.

Die Kontrollkommission hat seit dem Parteitag in Würzburg die Parteigeschäfte in Berlin kontrolliert: Vorwärts, Parteikasse und Buchhandlung und Nebenläden, und zwar vierteljährlich. Leider war es uns im letzten Jahre nicht möglich, immer die vierteljährliche Revision einzuhalten; einmal deswegen nicht, weil die Eisenbahn nach Berlin gestört war, wir mußten die Sitzung abbestellen und das zweitmal war es nicht mehr möglich, weil die Unruhen in Berlin waren. Wir haben dann zum letztenmal die Revision von mehreren Quartalen vornehmen müssen. In der Kontrollkommission war es auch mehreremal nicht möglich, alle Mitglieder nach Berlin zu bekommen. Genosse Gradnauer ist, wie Sie wissen, ins sächsische Ministerium berufen, auch Genosse Timm hat in Bayern eine Beilage dem Ministerium angehört, so daß wir bei der letzten Revision nur sechs Mitglieder anwesend waren. Wir haben die Kasse geprüft und alles in Ordnung befunden.

Das Parteigeschäft in Stuttgart wurde in jedem Jahre durch einige Mitglieder der Kontrollkommission revidiert, und es wurde alles für richtig befunden. Genosse Bartels hat schon darauf hingewiesen, daß unser Parteigeschäft auch in Stuttgart im letzten Jahre keine guten Geschäfte gemacht hat. An die Parteikasse sind von Stuttgart im letzten Jahre keine Ueberschüsse abgeliefert worden. Wir wollen hoffen, daß es in Zukunft wieder besser wird. Ähnlich ging es mit der Parteibuchhandlung in Berlin und mit dem „Vorwärts“, der im letzten Jahre wieder Ueberschüsse abgeliefert hat.

Im übrigen wurde, wie gesagt, alles in vollster Ordnung befunden, und ich beantrage namens der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten.

Berichterstatter Adolf Schulz: Parteigenossinnen und Genossen! Die Verhandlungen über die Presse haben auf fast allen Parteitagungen einen breiten Raum eingenommen, um so mehr muß es der Fall sein in einem Augenblick, wo uns die Revolution vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat. Schon aus dem Vorstandsbericht haben Sie entnehmen können, daß wir eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung unserer Presse zu verzeichnen haben. Wir haben heute 95 Tageszeitungen und wir haben seit der Revolution 24 neue Zeitungen gegründet. Einschließlich dieser neuen Blätter werden wir heute ungefähr 2 Millionen Abonnenten müßern können. Das ist ungefähr eine Steigerung gegenüber der Zeit vor dem Kriege von etwa 100 Prozent, gegenüber dem Vorjahr von 125 Prozent. Das erfreulichste Moment bei dieser Aufwärtsentwicklung ist aber zweifellos, daß unsere Parteipresse erheblichen Einfluß und Eingang dort gefunden hat, wo sie wenig oder gar nicht gelesen wurde, ich meine auf dem ländlichen Lande und in Gegenden mit vorwiegend agrarischen Verhältnissen. Trotzdem aber darf uns diese an und für sich erfreuliche Aufwärtsentwicklung

nicht reflexlos betriebigen angesichts der Tatsache, daß wir bei den Nationalwahlen dieses Jahres im Januar 11¼ Millionen Stimmen auf unsere Partei vereinigten, also 89 Prozent, und angesichts der weiteren Tatsache, daß wir heute 713 Vertreter in den Landtagen sitzen haben, daß Tausend und Abertausend unserer Vertreter in den kommunalen Körperschaften sitzen, und daß in einer ganzen Reihe von städtischen und dörflichen Parlamenten unsere Partei die überwiegende Mehrheit bildet.

Angesichts der weiteren Tatsache, daß im Verhältnis zu den Tageszeitungen in Deutschland überhaupt die sozialdemokratische Presse nur etwa 3 Prozent hat gegenüber den Tausenden bürgerlicher Zeitungen, liegt uns die Verpflichtung ob, nach Wegen und Mitteln zu suchen, mehr als bisher an die breiten Massen der Volksgenossen heranzukommen. Aber ein anderer Gesichtspunkt legt uns weiter diese Verpflichtung auf. Wir wissen alle: Unter dem Einfluß der ersten Revolutionstage hat eine ganze Anzahl von bürgerlichen Blättern, namentlich in der Provinz, eine freundliche Haltung gegenüber unserer Presse und unserer Partei eingenommen. Nach dem sich diese Blätter jetzt aber quasi vom ersten Schreden erholt haben, werden sie wieder aggressiver. Der alte reaktionäre Landratsgeist, dieser Spiritus rector der Kreisblattpresse, treibt wieder in vermehrtem Maße sein Unwesen. (Sehr richtig!) Deshalb liegt uns in größerem Maße die Pflicht ob, diese Spekulation auf die politische Indifferenz der Massen zu durchbrechen und die Millionen von Volksgenossen in unserem sozialistischen Sinn aufzuklären.

Die wichtigste Frage, die uns hierbei beschäftigt, wenn wir uns über den Ausbau der Presse unterhalten, muß deshalb dahin lauten: Wie können wir am wirksamsten ihre Entwicklung fördern, wie können wir besser und wirksamer an die breite Masse heran. Diese Frage müssen wir zu lösen versuchen, wenn wir unsere politische Position im Lande nicht nur erhalten, sondern erweitern wollen, trotz aller Schwierigkeiten, mit denen heute das Zeitungsgewerbe zu kämpfen hat.

Son diesen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten macht sich jemand, der nicht mitten drin im Zeitungswesen steht, kaum eine Vorstellung. Die wahnsinnig und sprunghaft gestiegenen Preise für Maschinen und Schriften, für alles Rohmaterial, für Papier, die durch die ebenso ahnatastisch gestiegenen Schleißhandelspreise für alle Lebensmittel bedingte Erhöhung der Löhne und Gehälter, absorbieren in vollem Maße die gesteigerten Einnahmen durch die Vermehrung der Abonnements und der Inserate, ja sie zwingen die Geschäftsleitungen, immer wieder die Einnahmen zu steigern. Eine Verringerung dieses Zustandes ist in absehbarer Zeit nicht abzusehen. Im Gegenteil, wir haben bereits wieder mit einer neuen Steigerung ab 1. Juli dieses Jahres für alles Rohmaterial, für Maschinen und Papier zu rechnen. Eine Schraube ohne Ende! Gebrauchte Rotationsmaschinen — eine Rotationsmaschine ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Zeitungsdrukerei — sind zu einem hervorragenden Spekulationsobjekt geworden infolge der geringen Produktion neuer Maschinen wegen des fehlenden Rohmaterials. Die Lieferungsfristen für neue Maschinen sind ungeheuer weit gesteckt und durchaus unverbindlich. Gebrauchte Cep- und Rotationsmaschinen sind aber heute durch die Spekulationswut geschäftsgewandter Händler und Agenten so gut wie vom Erdboden verschwunden, und dazu kommt, daß die Angst vor einer allgemeinen Vermögensabgabe eine Anzahl bürgerlicher Drukereibesitzer bestimmt, sich so schnell und reich wie möglich mit Maschinen einzubeden. Eine gebrauchte 16seitige Rotations-

maschine z. B., die man früher für ein Butterbrot haben konnte, aber mit Recht nicht wollte, kostet heute 55 bis 60 000 Mk. Eine neue Maschine, die vor dem Kriege mit kompletter Ausrüstung für 25 bis 29 000 Mk. zu haben war, kostet heute ungefähr 90 000 Mk. und wird nach dem 1. Juli vielleicht 100 000 Mk. und darüber kosten.

Das dunkelste und traurigste Kapitel aber, mit dem man heute im Zeitungsgewerbe zu rechnen hat, ist zweifellos die Papierfrage (sehr richtig!), die sich für das Zeitungsgewerbe geradezu zu einer Katastrophe auswächst. (Sehr wahr!) Abgesehen von den auch hier fortgesetzt steigenden Preisen — vom 1. Juli ab werden die Preise wieder um 24 Mk. pro 100 Kilogramm steigen —, ist über eine gänzlich unzureichende Versorgung und eine durch nichts gerechtfertigte Verteilung des Papiers zu klagen. (Sehr wahr!) Hierin liegt ein großes Hemmnis für die Entwicklung gerade unserer Parteipresse. (Sehr richtig!) Würde sie aber genügend große Mengen Papier verfügen, so könnten wir Ihnen in unserem Vorstandsbericht mit einigen Hunderttausenden Abonnenten mehr aufwarten. (Zuruf: Sozialisierung der Papierfabriken!) So aber sehen sich die einzelnen Geschäftsleitungen gezwungen, im täglichen aufreibenden Kampf um jedes Gramm Papier den Umfang des Blattes auf das äußerste Maß einzuschränken und zahlreiche Neubestellungen von Abonnements und Inserate abzuweisen. Einzelne größere Blätter haben sechs bis zehn Anzeigenseiten pro Woche zurückweisen müssen. Dieser Zustand wirkt ruiniös auf die Entwicklung der Presse, und wir müssen die Frage aufwerfen, ob wir einen solchen Zustand im Selbsthaltungssinteresse uns noch länger gefallen lassen dürfen. (Sehr wahr!) Wir haben uns fortgesetzt bemüht, auf eine bessere Belieferung unserer Zeitungen bei den amtlichen Stellen hinzuwirken. Wenn man uns auch in der ersten Zeit soweit wie möglich entgegengekommen ist seitens der Beamten, so ist das in letzter Zeit immer schwieriger geworden. (Hört! hört!) Würde mir doch neulich in der Kriegswirtschaftsstelle erklärt, wir sind nicht mehr in der Lage, für irgendwelche neue Zeitung auch nur noch ein Gramm Papier freizugeben und möchten Sie dringend bitten, von Neugründung von Zeitungen abzuraten. (Rufe: Die Unabhängigen haben Papier!) Natürlich müssen wir eine solche Zumutung ablehnen. Aus welchen Quellen die Unabhängigen ihr Papier haben, darauf komme ich vielleicht noch. Nach unserer Meinung, die wir doch auch etwas von den Dingen verstehen, haben die amtlichen Stellen noch längst nicht alle Wege erschöpft, um eine bessere Verteilung des vorhandenen Papiers und eine wirksamere Erfassung der Produktion zu erzielen, und darauf kommt es doch an.

Gegen das Prinzip der Rationierung ist von unserem Standpunkt aus kein Wort zu sagen, wohl aber gegen die Handhabung dieses Prinzips. Noch heute wird der gesamte Papierkontingenterung das Stichtjahr 1915 zugrunde gelegt, obwohl sich namentlich seit dem Ausbruch der Revolution die Dinge völlig verschoben haben. 1915 hatte unsere Presse einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen. Die damals künstlich entfachte nationalsozialistisch-chauvinistische Strömung und die zahlreichen Einberufungen, unter denen gerade unsere Leserschaft zu leiden hatte, wirkten lähmend auf die Entwicklung unserer Presse. Heute aber, wo die Schranken der politischen Hörigkeit gefallen sind, wo sich die Kriegspolitik der früher herrschenden Kreise, die von der überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Presse verteidigt wurde, so unheilvoll in ihren Folgen bemerkbar macht, erleben wir, daß die Leser sich in Haufen der bürgerlichen Presse ab- und unserer Presse zuwenden

möchten. Dem trägt die Beibehaltung des Stichtjahres 1915 in keiner Weise Rechnung. Wir haben, um eine bessere Verteilung des Papiers zu erzielen, vom Vorstand aus eine Eingabe an das Reichswirtschaftsamt gemacht mit bestimmten Vorschlägen. Wir haben eine Abänderung des Stichtjahres verlangt und haben vorge schlagen, abermals eine Rationierung des allgemeinen Kontingents für alle Zeitungen vorzunehmen, und das dadurch ersparte Papier vor allem der parteipolitischen Presse, die nachweislich eine Steigerung ihrer Auflagen zu verzeichnen hat, zuzuwenden. Beide Vorschläge sind abgelehnt worden. (Hört! hört!) Der erste mit der Begründung, daß so wie so die Anhebung der Kontingenterung erwogen werde. Dieser Standpunkt ist aber vom Reichswirtschaftsamt inzwischen wieder verlassen, und wir haben noch längere Zeit mit der Aufrechterhaltung der Kontingenterung zu rechnen. Wir wollen auch durchaus nicht verkennen, daß die Kontingenterung immerhin eine wilde Spekulation und Preissteigerung verhindert hat. Der zweite Vorschlag ist zurückgewiesen mit der Begründung, eine Verfüzung des Kontingents der bürgerlichen Zeitungen würde Arbeiterentlassungen hervorrufen. Das Argument ist zweifellos sozial gemeint, aber es trifft im gegenwärtigen Fall nicht zu, ganz abgesehen davon, daß man uns durch die nicht genügende Abgabe von Papier hindert, neue Zeitungen ins Leben zu rufen und damit neue Arbeitsmöglichkeit für das Buchdruckgewerbe zu schaffen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es mit der Papierknappheit so eine eigene Sache. Einer unserer Geschäftsführer, der die Dinge genau kennt, behauptet, es gibt eine Papiernot überhaupt nicht. Es fehlt nur an der richtigen Verteilung. Und wenn man sich die oftmals unterbetenen Haufen an Propagandaschriften von mehr aber weniger zweifelhaftem Wert, die in untern Bureaus herumliegen, vergegenwärtigt, kommt man auf derartige Gedanken. (Sehr wahr!) Pfeifen doch heute die Spazier von den Dächern, daß man nicht nur Eier und Butter im Schleichhandel bekommen kann, sondern auch Papier, wenn man nur über den genügend großen Geldbeutel verfügt. Unsere Leute draußen verstehen es einfach nicht, daß unsere Presse ihren Umfang in kaum noch möglicher Weise einschränken und Abonnenten und Anzeigen zurückweisen muß, während namentlich die Generalanzeigerpresse fortgesetzt prahlt mit ihrem großen Papierbestand und betont, daß sie noch weit größere Inserate aufnehmen könne. Demgegenüber hört für unsere Parteipresse jede Konkurrenzmöglichkeit auf. Wir haben die amtlichen Stellen auf den Schleichhandel hingewiesen, dem man leider anfangs nicht die genügende Bedeutung beigemessen hat. Heute bemühen sich allerdings die amtlichen Stellen, dem Schleichhandel die Kanäle zu verstopfen. Mit Staatsanwalt und Polizei geht man ihnen energisch zuleibe, und nach meiner Information sind schon eine ganze Reihe von Beschlagnahmen erfolgt. Aber abgesehen davon, daß das gegenwärtige Schlimme geradezu den Anreiz bietet, das Gesetz zu übertreten, kommen auch diese Maßnahmen viel zu spät. Die kapitalkräftigen bürgerlichen Verleger haben ihren Bedarf auf lange Zeit hinaus gedeckt. Man spottet ja darüber, daß die großen Böse oft nicht groß genug sind, um die vielen Notationsrollen zu bergen. Andererseits scheinen uns die Wege der Kontrolle durchaus noch nicht erschöpft. Man gibt ja amtlicherseits zu, daß der große Umfang der bürgerlichen Presse zum Teil daher kommt, weil, obwohl ihre Auflage gesunken ist, sie doch das alte Kontingent noch fordert. Da hat man vor kurzem in Baden interessante Feststellungen gemacht. Es wurden an einem beliebigen Tage ganz unvermutet Beamte der Regierung in die Druckereien geschickt, und

sie müßten an Hand der Zähler der Rotationsmaschinen feststellen, ob Auflage und Kontingent mit den Angaben übereinstimmen. Man soll dabei in einer ganzen Reihe von Fällen gefunden haben, daß die Auflage weit unter dem geforderten Kontingent geblieben war. Vielleicht prohibiert man das auch einmal im übrigen Reich. Wenn es nicht hilft, dann schadet es ja auch nichts. Dann aber muß es möglich sein, den Schleißhandel auch auf andere Weise durch eine wirksame Kontrolle der Papierfabriken zu unterbinden und mehr Papier auf reguläre Weise zu gewinnen. Bei den paar Duzend Fabriken müßte es doch selbstam zugehen, wenn man sie nicht in entsprechender Weise erfassen könnte. Man muß auch hier an der richtigen Stelle einsetzen und nicht den Konsumenten allein strafen, sondern beim Produzenten einsetzen. Wir müssen eine durchgreifende Veränderung fordern. Es handelt sich für uns um eine Lebensfrage. Der jetzige Zustand ist eine schreiende Ungerechtigkeit und eine ungerechtfertigte Bevorzugung der bürgerlichen großkapitalistischen Presse zu ungunsten der Parteipresse. (Sehr richtig!) Es ist unvereinbar mit der Tatsache, daß wir uns heute bis zu einem gewissen Grade im Besitze der politischen Macht befinden.

Das Stichjahr muß also geändert werden. Entweder in der Richtung des Antrags Hamburg Nr. 128, daß der Papierverteilung das Stimmverhältnis der Wahlen zur Nationalversammlung zugrunde gelegt wird, oder daß das Stichjahr von Jahr zu Jahr oder mindestens in kürzerer Frist abgeändert wird. Vor allen Dingen müssen, wenn die Papierknappheit wirklich vorhanden und eine größere Förderung der Kohlenproduktion fürs erste nicht zu erwarten ist, die parteipolitischen Zeitungen in erster Linie berücksichtigt werden und dann erst die farblose Generalanzeigerpresse.

Angehts dieser ungeheuren Schwierigkeiten in unserem Zeitungswesen haben wir in all den Fällen, wo Neugründungen von Zeitungen durch unsere Genossen gefordert wurden, auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. So wünschenswert es ist, aus politischen und agitatorischen Gesichtspunkten auf dem platten Lande Parteiorgane ins Leben zu rufen, so sehr müssen wir davor warnen, leichtfertige Projekte ins Leben zu rufen, die der Partei mehr schaden als nützen. Diese Warnung möchte ich noch einmal von dieser Stelle aus entschieden unterstreichen. Vor allem dürfen bei Neugründungen von Zeitungen nur sachliche Gesichtspunkte und nicht persönliche Eifersüchtligkeiten maßgebend sein. Selbstverständlich muß man sich aber vorher rechtzeitig mit den maßgebenden Instanzen ins Einvernehmen setzen, damit keine Mißverständnisse eintreten.

Das Bedürfnis nach einer besseren lokalen Presse ist heute im Lande vorhanden. (Sehr richtig!) Und wenn irgendwie die Voraussetzungen vorhanden sind, gebietet es die politische Notwendigkeit und Klugheit, dieses Bedürfnis nach Kräften zu fördern. Es ist Tatsache, daß heute die Bezirkspresse nicht mehr in der Lage ist, der lokalen Presse in ausreichendem Maße den lokalen Bedürfnissen entsprechend in genügendem Maße entgegenzukommen. Der steigende Einfluß unsererseits in der kommunalen Gesetzgebung, die Häufung der Lebensmittelanzeigen, die vielerlei gehäuft lokalen Vorgänge, die unvollkommenen Bahnverbindungen, mit denen wir auf lange hinaus zu rechnen haben, bringen es, mit sich, daß man mit der bisher gebotenen Bezirkspresse mehr und mehr unzufrieden ist und nach Mitteln und Wegen sucht, durch Gründung lokaler Blätter Abhilfe zu schaffen. Wir müssen versuchen, eine sog. Partei-Kreisblattpresse ins Leben zu rufen. Die in dieser Richtung stehenden Anträge Nr. 122, 124 und 127 treffen daher m. E. durchaus ins Schwarze.

Wir sind nun seit der Revolution bereits eine Reihe von Wegen gegangen, um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, und ich will einige Wege zeigen. In vielen Fällen ist von uns verlangt worden, den Genossen draußen eine Druckerlei für und fertig hinzustellen. Das ist heute, wie ich oben borgelegt, unmöglich, und das kann sich nur der noch leisten, der über genügend große Geldmittel verfügt. Dieser Weg ist für uns in den meisten Fällen also ungangbar. Wir müssen da bessere Zeiten abwarten. Auch der Lohndruck, der hin und wieder bei der Neugründung beliebt worden ist, ist keineswegs ideal und kann nur als Notbehelf in Frage kommen. Bei den heutigen Schwierigkeiten im Zeitungsgewerbe ist er vollständig unrentabel, und wir müssen ihn soviel wie möglich vermeiden. Es gibt bessere Wege. Am besten wird man die Frage der Neugründung von Parteiblättern lösen, entweder durch Übernahme bürgerlicher Druckereien (sehr richtig!), oder durch die Übertragung des Druckes in eigene Regie auf bürgerliche Drucker, oder durch Umwandlung des meist parteiloien Blattes in ein sozialdemokratisches Organ ohne Aenderung des Besitztitels. Ich meine nicht etwa die gewaltsame Unterdrückung des bürgerlichen Betriebes, sondern nur die friedliche Verkündigung und Vereinbarung. (Weiterheit.) Zu einer Reihe von Fällen, wo wir den letzteren Weg gegangen sind, haben wir gute Resultate erzielt, und beide Teile sind auf ihre Rechnung gekommen. Es liegen uns im Parteivorhand eine ganze Reihe Offerten vor, worin uns bürgerliche Druckereien angeboten werden. Die Leute sehen in Folge der veränderten politischen Verhältnisse ihre Abonnenten schwinden, sehen sich in ihrer Existenz bedroht, andererseits sagen sie sich, daß früher oder später die Partei doch am Orte ein eigenes Organ ins Leben rufen werde. Deshalb wählen sie das kleinere Uebel und bieten sich uns an aus geschäftlichem Kalkül.

Ein weiterer gangbarer Weg ist die Herausgabe von Kopfbüchern. Davon will man heute nicht viel wissen. Erschwerend sind dabei die schlechten Bahnverbindungen. Man glaubt dabei auch nicht die genügende Selbstständigkeit in der Bearbeitung des Organs zu haben. Man muß aber kein anfangen, um nicht notwendig zu haben, groß aufzuhören. Wir haben immer mit unseren Parteiblättern vorichtig und kein angefangen und sorgfältig aufgebaut. So muß es bleiben. Man mag gegen die Kopfbücher sagen, was man will, sie bieten zweifellos den besten Ausweg, um eine Lösung herbeizuführen. Vor allem hat man bei der Gründung von Kopfbüchern mit dem geringsten Risiko zu rechnen. Dabei ist ein weiteres möglich. Man kann den politischen Teil in Form von Matern oder fertigen Blättern von seinem Mutterblatt beziehen. Man kommt dadurch in die angenehme Lage, eine halbwegs gute politische Redaktion zu haben, die man sich mit den bescheidenen Mitteln auf dem platten Lande aus Eigenem im Anfang nicht leisten kann. Im übrigen ist man durchaus selbständig auf dem Gebiete des lokalen Teils, und wir wissen, daß es mehr als bisher notwendig ist, ganz speziellen Wert auf die Ausgestaltung des lokalen Teils zu legen. (Sehr richtig!) Das ist mit ein Geheimnis unseres Erfolges auf dem Gebiete der Entwicklung der Parteipresse.

Damit sind die Mittel und Wege, die lokale Presse zu fördern, keineswegs erschöpft. Es ist selbstverständlich, daß unsere Parteipresse in erster Linie politischen Kampf- und Aufführungsmittel bleiben muß. Sie ist nicht dazu da, ein ordinäres Sensationsbedürfnis zu fördern und zu befriedigen. Ihre vornehmste Aufgabe muß sein, die Schulung und Beeinflussung der Massen im Sinne der sozialistischen Weltanschauung. (Bravo!)

Aber darüber hinaus muß sich unsere Parteipresse mehr als bisher betreiben, in größerem Maße Nachrichtenorgan zu sein. Sie muß den Ereignissen des Tages auf den Gebieten der Kunst, Wissenschaft, Erziehung, Unterhaltung, Politik, größere Beachtung schenken als bisher. Aber es kommt nicht nur auf eine Mannigfaltigkeit der Nachrichtenvermittlung an, sondern darauf, in welcher Form das am besten und zweckmäßigsten geschieht. Auf diesem Gebiete liegt es nach unseren Erfahrungen bei unserer Presse noch sehr im argen. Allein die redaktionelle und technische Aufmachung läßt noch sehr zu wünschen übrig. Man werfe nur einmal einen Blick auf die großen bürgerlichen Tageszeitungen. Der sehr geschickten Wahl und Anwendung ihrer sog. Schlagzeilen verdanken sie einen wesentlichen Teil ihres Erfolgs und der Verbreitung, und wir müssen das Gute da nehmen, wo wir es finden. Eine geschickte Aufmachung ist noch längst nicht eine Förderung des Sensationsbedürfnisses.

Weiter steht unsere Presse auch inhaltlich noch hinter der bürgerlichen Presse oftmals zurück. (Sehr richtig!) Es fehlt nicht nur an einer guten, sondern auch an einer schnellen Nachrichtenvermittlung. Wir haben uns bereits in der Kommission und im Parteivorstand speziell mit dieser Frage beschäftigt. Wir wissen ja, daß das frühere Pressebureau nicht immer in dieser Richtung befriedigt hat, und es ist deshalb vorgeschlagen worden, die Nachrichtenvermittlung gewissermaßen zu dezentralisieren in der Weise, daß man in einigen größeren Orten, im Osten, Süden, Westen und Norden, Pressebureaus einrichtet, die etwa von einer Berliner Zentrale gespeist werden, die aber andererseits die speziellen Nachrichten für die für ihren Bezirk in Frage kommende Presse weitergeben. Dadurch wird eine Schematisierung der Nachrichten vermieden und nur das gebracht, was für den speziellen Bezirk besonders gebraucht wird. Also diese Anregung ist durchaus wertvoll, und wir werden zweifellos diesen Weg gehen müssen.

Aber es muß nach meinem Dafürhalten auch ein größerer Wert auf die feuilletonistische Ausgestaltung der Parteipresse gelegt werden. Es ist bereits die Schaffung einer Feuilletonzentrale erwogen worden! Die Anträge 120 und 123 bewegen sich ebenfalls in dieser Richtung. Es muß möglich sein, hier einem tiefgefühlten Bedürfnis zu entsprechen. In etwas wird man diesem Bedürfnis entsprechen durch Herausgabe der illustrierten Wochenchrift „Volk und Zeit“, die heute von dem Sozialwissenschaftlichen Verlag geplant und vorbereitet wird, und die am 1. Juli einer Reihe von Blättern beigelegt werden soll. Der Keinen Parteipresse muß ein gutes und billiges Feuilletonmaterial zur Verfügung gestellt werden. Ein Material, das frei von aller Gelehrtheit, flott, flüssig und gemeinverständlich gehalten ist, und das vor allem den Weg zu den Herzen und Seelen der Frauen und der Jugend findet. Die „Gleichheit“ wird von jetzt ab auch mit einer Modebeilage „Die Frau und ihr Haus“ herauskommen. Die Probenummer hat auf uns, wie ich zu meiner Freude feststellen kann, einen sehr guten Eindruck gemacht. Wir hoffen, daß die „Gleichheit“ dadurch für unsere Frauen ansprechender und eifriger gelesen werden wird. Es gibt auch noch andere Wege zur Förderung dieser Art der Parteiarbeit. Für Fachleute ist es kein Geheimnis mehr, daß eine große Anzahl kleinerer Buchdruckereien trotz der Schwierigkeiten infolge der Kriegsteuerung ihren Betrieb aufrechterhalten durch Zuhilfenahme der Maternokorrespondenzen. Wir müssen uns die Frage vorlegen, wenn es bei den bürgerlichen möglich ist, auf diese Weise durchzukommen, weshalb beschreiten wir dann nicht denselben Weg? Das Bedürfnis nach einer lokalen Presse muß erfüllt

werden. Durch die Verwendung von Matern ist eine Uniformierung nicht zu befürchten. Den unbestreitbaren Nachteilen stehen wesentliche Vorteile entgegen. Der politische Teil würde zweifellos gewinnen. Dazu käme die Verringerung der Herstellungskosten.

Die unbedingte Voraussetzung für das Gelingen unserer Parteizeitungsunternehmen ist aber die Schreibweise. Es ist der Ton, der die Musik macht. Unsere Redaktionen sind noch zu wenig auf Massenpsychologie eingestellt, der einzelne schreibt immer noch viel zu viel für sich selbst und viel zu wenig für die Leser. Der Antrag 127 fordert mit einem gewissen Recht die Vermeidung der Fremdwörter. Wenn wir uns auch vor Sprachferigkeiten zu hüten haben, so kann nicht bestritten werden, daß Fremdwörter unbedingt zu vermeiden sind, die kein Heimatsrecht in der deutschen Sprache haben; die anderen soll man möglichst vermeiden. Das ist auch ein Weg, um die Bildungsaufgaben der Presse durchzuführen. Vor allem mögen unsere Redakteure an das Wort denken: in der Beschränkung zeigt sich der Meister. Man vermeide die „Sandwüster“, die doch kein Mensch liest. Die Beiträge unserer Parteipresse müssen knapp, kurz und gemeinverständlich gehalten sein. Der Redakteur beachte, daß auch für den Zeitungsleser das Wort gilt: Zeit ist Geld.

Kun könnten Sie sagen: wir danken Ihnen für all die schönen Ratschläge, aber wie sind sie praktisch durchzuführen, zumal sie doch nicht neu sind, worauf ich auch keinen Anspruch mache. Aber wir müssen es hier mit Laßalle halten: das, was nötig ist, immer wieder zu sagen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Partei keinen Ueberfluß an brauchbaren Redakteuren hat. Weiter wissen wir, daß die Parteiredaktionen noch unvollkommen besetzt und die Redakteure oft zum Raubbau mit ihrer Arbeitskraft gezwungen waren, speziell während der Kriegszeit. Das ist eine Finanzfrage, die aber gelöst werden muß. Gute Redaktionen und gute Geschäftsleitungen sind die Voraussetzung für den Erfolg. Wie ist nun dem Mangel abzuhelfen? Der Parteivorstand hat eine Rundfrage an die Zeitungsverlage gerichtet, wie sie über die Einstellung von Volontären denken, und welche Möglichkeiten für ihre Einstellung bestehen. Die Frage ist leichter gestellt, als beantwortet. Auch hier haben wir uns Beschränkungen aufzuerlegen, die für die bürgerliche Presse nicht in Frage kommen. Besonders haben wir uns zu hüten vor einer Lehrlingsgücherei.

Ein Teil der Parteizeitungen hat sich zu der Einstellung von Volontären bereit erklärt. Es ist nicht unbekannt, daß unter den neuen Parteigenossen zahlreiche geeignete Kräfte sind. Zur Fruchtbarmachung ihrer Arbeitskraft ist es notwendig, daß wir uns von dem Schlagwort: „Novembersozialist“ etwas emanzipieren. Gewiß muß Vorsicht geübt werden, und gewiß ist eine Prüfung von Fall zu Fall notwendig. Für die Einstellung von Volontären sind den einzelnen Geschäften von dem Parteivorstand namhafte Zuschüsse in Aussicht gestellt. Hoffen wir, daß sich die Hoffnungen auf diesem Gebiete erfüllen. Noch ein Wort über die Spezialpresse. Ich trete mit besonderem Nachdruck für die weitere Ausgestaltung der „Kommunalen Praxis“ ein, denn angesichts der gewaltigen Aufgaben, die unseren Genossen seit Eintritt der Revolution in die Kommunalverwaltung auferlegt worden sind, müssen wir für eine gebiegene Kommunalliteratur sorgen, um sie in der Lösung ihrer Aufgaben zweckmäßig zu unterstützen. Ueber die „Arbeiter-Jugend“ hat bereits Genosse Schulz gesprochen. Ebenso habe ich schon gesagt, daß die „Gleichheit“ nicht nur volkstümlicher, sondern auch

vielfachertiger werden soll. Sie haben eine Reihe Maßnahmen für den besseren Ausbau unserer Parteipresse gehört. Als gute Sozialisten und gute Demokraten halten wir es für einen selbstverständlichen Grundgedanke, daß der Kampf um die Weltanschauung nur mit geistigen Waffen geführt werden darf. (Lebhafter Beifall.) Die Parteipresse ist eine unserer wichtigsten Weisheitswaffen, die wir so scharf und schnell wie möglich ausgestalten müssen. Getreu den Worten unseres Sozialistenbeals; daß wir nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren kämpfen; nicht mit Schwert und Speer, sondern daß unser Kampf mit dem Schwert des Geistes und dem Banner des Rechts geführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich habe dem Parteitag einige Mittelungen zu machen. Von einem Genossen aus Verla liegt ein Antrag ohne Unterschrift vor. Der Genosse möge die Unterschrift nachholen. Die Genossen Lindiger und Passauer lassen wegen der Wahlen, die in ihrem Bezirk stattfinden, ihr Fehlen auf dem Parteitage entschuldigen. Genosse Kubold, Staatsrat in Sachsen-Weimar, hat mitgeteilt, daß die Legitimationskarten der Delegierten zur freien Besichtigung der Weimarschen Sehenswürdigkeiten berechtigen, soweit sie dem Staat unterstehen. (Beifall.) Der Bayerische Laubhummel-Delegiertentag hat uns ein Begrüßungsprogramm geschickt. Es liegt noch ein Geschäftsordnungsantrag Waser (Mehendorf) vor. Er lautet: „Angesichts der Tatsache, daß der Parteitag infolge des Zusammentritts der Nationalversammlung im gleichen Lokal seine Tagesordnung nicht ordnungsmäßig erledigen kann, eine Durchpfeilung der Tagesordnung aber die Partei auf das allerschwerste schädigt, wird der Parteivorstand ersucht, für die Beschaffung eines andern Sitzungslokales rechtzeitig Sorge zu tragen. Ist dieses nicht möglich, so wird der Parteitag auf kurze Zeit vertagt, bis ein geeignetes Lokal hier oder auch in den Nachbarstädten, z. B. Jena, zur Verfügung steht.“

Dazu muß ich bemerken, daß der Antrag von der vollständig falschen Voraussetzung ausgeht, wir könnten die Tagesordnung nicht in der uns zur Verfügung stehenden Zeit hier erledigen. Das steht noch keineswegs fest. Möglichenfalls könnten wir in diesem Räume am Sonntag weiter tagen. Selbstverständlich hat es der Parteitag allein in der Hand, die Erledigung der Geschäfte zu bestimmen. Aber selbst wenn Schwierigkeiten außerpolitischer Art auftauchen (Zuruf: Dann bleiben wir hier!), dann werden selbstverständlich die nötigen Schritte vom Parteivorstand getan, um einen Ersatz für dieses Lokal zu schaffen. Für die Erledigung der Aussprache über die bisher geleisteten Berichte, in die wir nunmehr eintreten, empfehle ich, daß wir eine Teilung nach folgenden Grundfragen vornehmen: Erst eine Aussprache allgemeinen politischen Inhalts, also über die Fragen, die im Bericht des Parteivorstandes durch den Genossen Weis aufgeworfen worden sind; aber die Stellung zur Regierung, über Schulfrage, Freiwilligenkorps usw., da alle diese Punkte innerlich in Verbindung miteinander stehen. Sollte es sich im Verlauf der Debatte herausstellen, daß es zweckmäßig ist, irgendeinen Punkt herauszuheben, so kann immer noch eine besondere Debatte eingerichtet werden. In zweiter Linie lassen Sie uns dann alle Fragen behandeln, die Gegenstände der Berichte im engeren Sinne gewesen sind, also Agitation, Organisation, Bildungsarbeit, Pressearbeit. Ich bitte um Annahme dieser Zweiteilung, zumal dadurch die Debatte in keiner Weise beeinträchtigt wird. Ich höre keinen Widerspruch. Wir schreiten nun zur Feststellung der Anträge, die bei der politischen Debatte behandelt werden sollen.

Ich habe diese Anträge nach Materien, nach ihrer inneren Zusammengehörigkeit, gruppiert und möchte sie Ihnen in dieser Reihenfolge vorlesen. Zunächst die Anträge, die sich auf die Einigung der Partei beziehen. Das sind folgende: Nr. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Eine zweite Gruppe von Anträgen beschäftigt sich mit der Reform der Verwaltung, der Demokratisierung der Verwaltung, der Beseitigung reaktionärer Beamter. Hierzu gehören: Nr. 12, 25, 60, 96, 117, 181, 208.

Dann kommt eine Gruppe von Anträgen, die sich auf die Freiwilligenkorps beziehen. Das sind: Nr. 68, 74, 82, 166, 167, 168, 169, 175, 185, 186, Absatz 8, 193, 194, 208.

Ich schlage vor, daß wir diese Anträge insgesamt als genügend unterstützt betrachten. Es ist dann aber natürlich völlig unmöglich, daß wir jedem Antragsteller dieser totenartweise als genügend unterstützt angesehenen Anträge eine Redezeit von 20 Minuten einräumen. Wir können höchstens zulassen, daß von jeder Gruppe Anträge je ein Genosse die verlängerte Redezeit bekommt.

Wir treten nunmehr in die Aussprache ein.

Groger (Frankfurt): Die Wahlen zur Nationalversammlung und der Geschäftsbericht haben uns den Ausschweifung der Partei in recht erfreulicher Weise demonstriert. Aber die Dinge, die nach den Wahlen sich ereignet haben, müssen uns zur strengsten Selbstkritik führen. Der Stimmenrückgang bei den späteren Wahlen, die Unzufriedenheit, die zweifellos in den Reihen der Parteigenossen vorhanden ist, zwingt uns, uns die Frage vorzulegen, welches die Ursachen dieser Erscheinung sein mögen. Es wurde bereits mit Recht betont, daß nicht alle die, die jetzt zu uns gehören, den sozialdemokratischen und sozialistischen Gedanken in sich aufgenommen haben. Sie zu Sozialisten und Sozialdemokraten zu machen, wird vorwiegend unsere Aufgabe sein. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß auch Fehler bei uns gemacht worden sind, vor denen wir die Augen nicht verschließen dürfen. Schulz sagte, die Redakteure legten zu wenig Gewicht auf die Massenarbeit. Das trifft auch auf eine Reihe anderer Funktionäre zu, nicht nur der Partei, sondern auch auf Genossen, die in anderen Kreisen sitzen, die sie im Auftrage der Partei verwalten. (Sehr richtig!) Ich hebe nur einige Punkte hervor. Nach der Revolution sollte sicher ein großer Teil unserer Parteigenossen, daß es uns gelingen würde, eine einheitliche deutsche Republik zustande zu bringen. Statt dessen sahen wir, daß überall der Kantonalgeist aufblühte, daß es unmöglich war, mit der Kleinstaaterei so aufzuräumen, wie es unser aller sehnlichster Wunsch war. Dieser Kantonalgeist hat uns unendlich viel geschadet; das sehen wir am deutlichsten, wenn wir die Politik der Einzelstaaten verfolgen. Da möchte ich mich zunächst mit Preußen befassen. Die unglückselige Politik, die seitens des Ministeriums des Innern in Preußen verfolgt worden ist, sie hat uns die Genossen in hellen Haufen davon gelaßt. (Sehr wahr!) Es ist unverantwortlich und kaum zu verstehen, wie der Gedanke der Demokratisierung in dieser Weise durch das Ministerium des Innern verpönt werden konnte. (Sehr wahr!) Wir brauchen uns nur die Tatsache vor Augen zu führen, wie unmittelbar nach der Revolution und nach den Wahlen an die Demokratisierung der Gemeinverwaltungen herangegangen wurde. Die Gemeinverwaltungen wurden aufgelöst und Neuwahlen vorgenommen. Unsere Genossen hofften,